POSITION
Stand: 19.10.2026

Wirtschaftsverband Fuels und Energie e.V.

en2x-POSITION zum Gesetzentwurf zur Einführung einer strategischen Gasreserve

Strategische Gasreserve - Stellungnahme

Das BMWE (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) hat am 13.10.2026 einen Referentenentwurf zu einer strategischen Gasreserve in die Verbändeanhörung gegeben. en2x bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die Sicherstellung der Versorgung im Gassektor wird begrüßt, eine Finanzierung durch die im vergangenen Jahr auf „Null“ gesetzte Gasspeicherumlage wird jedoch kritisch gesehen, da damit die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland gefährdet wird.

1. Sinnhaftigkeit einer strategischen Gasreserve

Die zuverlässige Lieferung mit Erdgas ist gerade im Bereich der energieintensiven Industrie in Deutschland eine Grundvoraussetzung für eine kontinuierliche Versorgung mit Grundgütern für die chemische Industrie sowie Kraft- und Heizstoffen. Daher ist eine strategische Gasreserve insbesondere in Zeiten geopolitischer Unwägbarkeiten begrüßenswert. Die geplante Größenordnung von 24 TWh scheint angemessen um genügend Spielraum zur Erdgasverfügbarkeit zu schaffen, ohne den Gasgroßhandelsmarkt negativ zu beeinflussen. Dabei sollten die erforderlichen Speicherkapazitäten transparent, diskriminierungsfrei und wettbewerblich an alle Marktteilnehmer ausgeschrieben werden. Dafür bietet sich eine grundsätzlich jährliche Ausschreibung an, da ein wesentlicher Teil der Speicherkapazitäten am Markt auf Jahresbasis kontrahiert wird. Dies stärkt den Wettbewerb, ermöglicht eine regelmäßige Anpassung an den tatsächlich erforderlichen Reserveumfang und trägt dazu bei, die Kosten der Reserve möglichst gering zu halten. Langfristige Kapazitätsbindungen, etwa über zehn Jahre, sollten dagegen vermieden werden, da sie zu langfristigen Kostenbindungen und Ineffizienzen führen können, insbesondere wenn sich Umfang oder Bedarf der Reserve künftig verändern.

2. Finanzierungsplanung

Trotz der im letzten Jahr auf „Null“ gesetzten Gasspeicherumlage und der im Frühjahr angekündigten Finanzierung einer strategischen Gasreserve durch den Bundeshaushalt wird nun eine Finanzierung durch Umlagen geplant. Demgegenüber steht die Verantwortung des Staates (des Bundeshaushalts) Vorsorge für schwere Versorgungsstörungen und außergewöhnliche Krisenlagen zu treffen. In diesem Sinne sollte eine Finanzierung über den Bundeshaushalt stattfinden.
Die genaue Höhe der Umlage muss vor Inkrafttreten des Gesetzes festgelegt werden. Die energieintensiven Industrien brauchen dringend Planbarkeit zur konkreten Ausgestaltung und endgültigen Dimensionierung der Gasreserve. Dies muss im herkömmlichen Gesetzgebungsverfahren sichergestellt werden. Eine Abstimmung zwischen THE, BNetzA und Wirtschaftsministerium ist hierfür nicht geeignet.

Die Finanzierung der strategischen Gasreserve sollte für Marktteilnehmer und Verbraucher transparent und nachvollziehbar ausgestaltet werden. Hierzu sollten der Kontostand sowie die mit der Reserve verbundenen Aufwendungen und Erträge regelmäßig und zeitnah veröffentlicht werden, vergleichbar mit der Transparenz beim Konvertierungskonto. Dies schafft Nachvollziehbarkeit über die Kostenentwicklung und ermöglicht eine sachgerechte Bewertung der finanziellen Auswirkungen der Reserve.